

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1918)
Heft: 8

Artikel: Unsere Demokratien und der Friedensbund
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801994>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nur, dass wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriffe des Faustpfandes liegt es, dass man das, was man als Pfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultate führten.

Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgend einer Form zu behalten. Wir wünschen genau so, wie ich schon am 24. Februar sagte, dass das nach dem Kriege wieder erstandene Belgien als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, mit uns in guten, freundschaftlichen Verhältnissen lebe. Das ist der Standpunkt, den ich zu dem belgischen Problem von Anfang an einnahm und auch heute noch einnehme.“

So der Reichskanzler am 12. Juli 1918. Damit vergleiche man, was am 4. August 1914, den amtlichen Dokumentbüchern zufolge, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr von Jagow, den Botschafter in London, den Fürsten Lichnowsky, beauftragte zu erklären: „dass sogar im Falle eines bewaffneten Konfliktes mit Belgien Deutschland sich unter gar keinem Vorwand belgisches Gebiet aneignen wird.“

Während nun ein Teil der deutschen Presse sich über diese angeblichen Zugeständnisse gegenüber Belgien zustimmend äusserte, ja sich von diesen so gar nichts bedeutenden Worten Hertlings „vollaufbefriedigt“ erklärte, sind die konservativen Blätter und die alldeutsche Partei ausser sich vor Wut über die Schwäche des Kanzlers und „bedauern die Kompromittierung des Deutschen Reichs“ durch diese Worte.

Aus all dem geht hervor, dass Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit an gewissen Orten völlig leere Begriffe sind und darum erscheint es nur allzu begründet, dass man im gegnerischen Lager jede Spur von Vertrauen zu den leitenden Persönlichkeiten der Zentralmächte verloren hat. Und doch ist nichts imstande, uns dem ersehnten Frieden näherzubringen als gegenseitiges Sichvertrauenkönnen. Wir wünschen darum im Interesse der Wahrheit und der Gerechtigkeit, dass der Tag kommen möge, da diejenigen, die glauben, Organisation, militärische Tüchtigkeit, Königstreue und ähnliche schön klingende Fähigkeiten seien imstande, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Vertragstreue zu ersetzen, innewerden, dass sie sich einem verhängnisvollen Irrtum hingegeben haben. Von diesem Tage an werden sie sich wieder des Friedens, sowie der Achtung und des Vertrauens der übrigen Kulturvölker würdigen machen, vorher nicht.

G.-C.

Unsere Demokratien und der Friedensbund.

Im pazifistischen Lager sind kürzlich von hervorragender Seite die folgenden Sätze aufgestellt: Es

gibt keinen Pazifismus ohne Demokratie! Keine Demokratie im Innern ohne Pazifismus nach aussen, und kein Pazifismus nach aussen ohne Demokratie im Innern! Pazifismus und Demokratie sind ein und dasselbe. — Diese wohlklingenden Sätze sind nicht anzufechten, vorausgesetzt, dass beide Begriffe, Demokratie und Pazifismus, im idealen Sinne genommen werden. Ohne Zweifel, wo die Demokratie in ihrer reinsten Form herrschend wurde, ist auch ein vollkommener Wille zum Frieden vorhanden, ja, wir müssen sogar den rechten Pazifismus als unabtrennbaren Bestandteil der rechten Demokratie betrachten, deren Grundlagen nach dem Urteil zahlreicher grosser Männer Tugend und Sittlichkeit sind. — Wie steht es nun mit den vorhandenen Demokratien, erfüllen sie diese Bedingung? Man schaue sich um! Wer sehen will kann sehen. Die Wirkungen der demokratischen Gesinnung der Völker, wenn diese überhaupt vorhanden ist, werden bis auf den heutigen Tag fast ausschliesslich im Innern der Staaten sichtbar, während nach aussen noch so ziemlich alles im Argen liegt. Recht, Vernunft und Sittlichkeit, welche auch der Verkünder jener Thesen als Grundlage aller zwischenstaatlichen Ordnung fordert, haben bislang auf unsere Demokratien für ihre nach aussen gerichteten Handlungen nur selten einen bestimmenden Einfluss gewinnen können. Nur eine einzige Republik von geringem Umfange und geringer Macht, deren Bürger durch besonders günstige Verhältnisse zu edlerer Gesinnung und reinen Grundsätzen getrieben und erzogen wurden, darf ausgenommen werden. Wenn die bestehenden Demokratien und demokratisch gerichteten Monarchien auch nach aussen hin demokratisch wären, so würde vieles anders sein. Die Kolonisation würde von ihnen nach besseren Grundsätzen betrieben als die geltenden, sie würden nicht die Söhne der unter ihre Botmässigkeit geratenen Stämme und Völkerschaften zwingen, für Ziele, welche diesen fremd sind, Leib und Seele zu opfern, sie würden ferner erkennen, dass sie nicht den Ruhm ihrer Vorfahren erben können, ohne auch die Busse für deren Verfehlungen auf sich zu nehmen. Sie würden nicht erobern, nicht unterjochen, nicht ausbeuten, nicht vergewaltigen. Sollen wir Beispiele geben, Namen nennen? Etwa Aegypten, Marokko, Transvaal, Irland, Indien? Man erspare uns diese Register! „Und Amerika? so fragt wohl dieser und jener. Es ist fraglos weniger von Schuld belastet als Europa!“ Das ist richtig. Immerhin, — es hat nicht gezögert, jenen mehr als zweifelhaften Inselhandel gegen Dänemark in einer Zeit zu betreiben und zum Abschluss zu bringen, in welcher es höchster moralischer Autorität bedurfte, um seine Politik vor dem sittlichen Teile der Menschheit erfolgreich zu begründen. Das gibt zu denken. Wir haben in allen diesen Beispielen Handlungen vor uns, deren Imperialismus demjenigen gleichkommt, welchen wir an Nationen mit

antidemokratischen Einrichtungen verabscheuen. Die Demokratien, wie sie heute sind, scheinen also die Behauptung: „Keine Demokratie im Innern ohne Pazifismus nach aussen!“ schon durch ihr blosses Dasein zu widerlegen, denn Imperialismus und Pazifismus sind einander genau so entgegengesetzt wie Gut und Böse. Dennoch, noch bleibt uns ein Ausweg, um jene Thesen zu retten, und vielleicht will ihr Verkünder, dass man ihn beschreite. Wenn jene Demokratien, welche sich der angeführten Verirrungen schuldig machten, als blosses Namensdemokratien angesehen werden, wenn man annimmt, dass sie trotz ihrer demokratischen Formen im Innern doch keine Demokratien sind, so können die besprochenen Sätze allerdings zu recht bestehen. Andererseits aber hat man damit der Behauptung zugestimmt, dass es unter den europäischen Grossmächten überhaupt keine Demokratien gibt, was abermals einen Widerspruch mit sich bringt. Denn wenn sie nicht vorhanden sind, womit will man dann den angestrebten Welt- und Friedensbund aufrichten, ohne von Neuem in einen Gegensatz zu den umstrittenen Thesen zu geraten? Lautet nicht die Lehre: Demokratie und Pazifismus sind ein und dasselbe? — Dies unsere Zweifel! — *Barritus.*

Feuilleton.

Gespräch über Neutralität.

(Mai 1917.)

(Forts.)

Von *Wilhelm Brüggemann.*

Diesen letzteren Punkt zu vertiefen, fühlte Leutner sich gedrungen, „Schon kämpfen Truppen aus sämtlichen Erdteilen in Europa, sagte er unter anderm, teils freiwillig, teils als Sklaven, das stolze Frankreich hat hartnäckig um japanische Truppen gefeilscht und gebeten, und mit hellem Jubel wird es jetzt die Streiter der grossen Union auf französischem Boden begrüssen. Gewiss, die schönen Pariserinnen werden nicht müde werden, Küsschen zu werfen.“

„Es bleiben immer noch genug für die Mongolen!“ meinte Hugentobler sarkastisch.

„Glauben Sie im Ernste, dass auch diese noch — —“

„Unmöglich!“

„Unmöglich? Sie sind ja schon da!“

„Auf dem Wasser. Allerdings!“

„Sollte das nicht genügen, um den übrigen Asiaten die überragende Machtstellung Japans eindringlich vor die Seele zu stellen?“

„Haben Sie bemerkt, sagte Flanagan mit einem Anfluge von Spott, dass letzthin auch Deutschland wie ein Kätzchen um die Füße des Japaners streicht? In seiner Presse hören feine Ohren immer wieder das zärtliche Schnurren.“

Hugentobler erheiterte sich merklich. Dann aber verkündete er mit steifem Ernste: „Wenn ein Volk recht und vernünftig handelt, so hat es Glück.“

„Wohlan, rief Lanz, soweit konnten wir also den Neutralen nicht den Vorwurf machen, dass sie ihre

Pflicht versäumten. Es scheint gewiss, dass auch durch ihr vereintes Auftreten beim Erscheinen der Wilsonschen Friedensbotschaft nichts zu erzielen war. Ich stelle aber andererseits die Behauptung auf, dass sie dennoch im Stande waren, der Welt das Heil zu bringen, und zwar durch einen festen Zusammenschluss zu keinem andern Zwecke als dem, ihre eigenen Rechte kraftvoll zu verteidigen. Das haben sie versäumt und damit die Gelegenheit, unsagbares Elend, erfolgreich zu mildern, ein Elend, dessen sichtbarer Teil schon heute kaum noch messbar ist und dessen grössere Hälfte trotz allem noch im Schosse der Zukunft verborgen liegen mag. Die Neutralen konnten viel gutes tun, sie konnten Europa retten und haben es nicht getan. Jetzt ist es zu spät.“

„Dieses Mal ist es an Ihnen, zu begründen,“ bemerkte Strom.

Bin ich nicht eine Verspottung meiner selbst, dachte Lanz. Er war vor acht Tagen aus seinem Städtchen herübergekommen, um von seinem Studium auszuruhen. Es schien also verständlich, dass er sich bei Gesprächen, wie diesem, zurückhielt und lieber nur den Zuhörer machte, zumal sie bei Strom nichts seltenes waren. Das hatte er sich auch von Anfang an vorgenommen, aber immer wieder sah er sich nach kurzer Frist als Kämpfer mitten in der Redeschlacht. Gut, jetzt war es auch für ihn zu spät. „Es ist klar, begann er, dass der Zusammenschluss der Neutralen nur unter dem Vorantritt der Vereinigten Staaten möglich gewesen wäre. Sie mussten nicht nur notwendig dabei sein, von ihnen musste auch vor der Welt der erste Schritt geschehen. Sie allein waren stark genug, um ihn wagen zu können, auch konnte der Bund nur so von Anbeginn die rechte Beachtung finden. Es hat sich später gezeigt, dass von Seiten europäischer Neutralen mehrfach die Anregung an Amerika ergangen ist, jenen Schritt zu tun, stets ohne Erfolg. Amerika wollte nicht. Das müssen wir wohl im Auge behalten, es ist wichtig. — Ein solcher Bund hätte zwar Belgien nicht mehr zu retten vermocht. Das Unheil schritt zu schnell. Ich gehe natürlich von dem Standpunkte aus, dass Belgien völlig zur Neutralität entschlossen war. Wie dem auch sei, auf alle Fälle hätten die Neutralen auch hier Gelegenheit gehabt, mildernd anzugreifen. Ohne Frage aber hätte es in ihrer Macht gelegen, einzig und allein durch Aufrechterhaltung ihrer gemeinsamen Rechte die erste Hungerblockade zu verhindern, mit allen ihren verderblichen und grauenhaften Folgen, nämlich der langen Kette der Repressalien hüben und drüben. Ohne jene Blockade gäbe es keine sich stetig steigende Vergewaltigung der Neutralen selbst, keinen Lusitania-, keinen Arabic-Fall, wahrscheinlich auch keinen Baralong-Fall, keinen verschärften und abermals verschärften Unterseebootkrieg, keine zweite Hungerblockade, keine allgemeine Hungersnot, auch stände die Menschheit nicht vor einem